

Volks- und Anzeigebblatt

Erscheint
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg., durch die Post bezogen
1 Mk. 15 Pfg.

mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.

Einrückungsgebühr:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum
innerhalb des Bezirks 6 S., außerhalb
des Bezirks 9 S. Anzeigen, die Mon-
tag, Mittwoch u. Freitag bis Vorm.
10 Uhr eintreffen, finden Aufnahme.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Nro. 74.

Winnenden, Dienstag den 1. Juli

1890.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf das wöchentlich 3mal erscheinende
„Volks- und Anzeigebblatt“
mit Unterhaltungsblatt

und laden wir die bisherigen, sowie neu eintreten wollende Abonnenten ein, die Bestellungen (auswärtige bei den Poststellen, Postboten oder den Agenten, hiesige bei der Expedition oder den Austrägern) baldigst aufgeben zu wollen.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt in Winnenden mit Bringerlohn nur 90 S., durch die Post bezogen 1 Mk. 15 S.

Bekanntmachungen

aßer Art werden mit 6 Pf. die kleinspaltige Zeile berechnet und haben bei der bedeutenden Verbreitung des „Volks- und Anzeigebblatts“ den besten Erfolg. Bei öfterer Wiederholung ein und derselben Anzeige wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Spalten unseres Blattes halten wir für jede Einsendung, die nicht als Anzeige betrachtet werden kann und uns für das Interesse unserer verehrten Leser passend erscheint, gratis offen.

Die Redaktion und Expedition des Volks- und Anzeigebblatts.

Winnenden.
1 Eimer guten
**Apfel-
most**
hat zu verkaufen
Ferd. Schwener,
Sattler.

Winnenden.
Nechten weißen
Wein-Essig
zum Einmachen von Früchten empfiehlt
A. Sommer Wwe.

Winnenden.
6 Eimer guten **Apfelmost**
hat zu verkaufen
August Weiß, Bäcker.
Auch hat Obiger ein
trächtiges
Mutterschwein
zu verkaufen.

Ferd. Kleemann & Sohn
Maschinenfabrik & Eisengießerei
Obertürkheim b. Stuttgart



Obstmühlen
Obst- u. Weinpress., hydr. Press.
Obst-Ausstellung Stuttgart 1889.
XII. Versamml. deutscher Pomologen
Goldene und grosse silberne Medaille.
Höchste Auszeichnung.

Schwabheim.
Eine kleine
Kalbel
samt Kalb hat zu verkaufen
Gottl. Geckl.

480 Mark
werden bis Jacobi gegen gute
Pandsicherheit gesucht.
Von wem? sagt die Redaktion.

Winnenden.
Baumgut-Verkauf.
Christoph Lämmle, Weingärtner's Witwe hier
bringt nächsten
Donnerstag den 3. Juli ds. Js.,
nachmittags 2 Uhr
auf hiesigem Rathaus im Aufstreich zum Verkauf:
10 a 97 qm Baumwiese auf dem Stöcksch,
angekauft pro 1200 Mk.,
wozu Liebhaber eingeladen werden.
Den 30. Juni 1890. **Ratsschreiberei.**

Winnenthal.
Kgl. Heil- und Pfleg-Anstalt.
Es sind wieder einige
Waschmägde
einzustellen, denen auch Gelegenheit gegeben ist, das Bügeln gründlich zu er-
lernen. Der Lohn beträgt 150 Mk. jährlich neben freier Verpflegung nach der
dritten Klasse. Bewerberinnen wollen sich unter Vorlage amtlicher Prädikatszeug-
nisse melden bei der
K. Dekonomie-Verwaltung:
U u. h.

Liedertafel Winnenden.
Nächsten **Donnerstag** abend 8 Uhr
Monats-Versammlung
bei W. Bindel. Vollzähliges Erscheinen erwartet
der **Ausschuss.**

Winnenden.
**Prima Emmenthaler-,
sowie
Limburger-Käse**
sind in guter reifer Ware bei mir eingetroffen und empfehle solche
meiner werthen Rundschau zu billigen Preisen auf das beste.
G. Schäfer Ww. bei der Schwane.

Winnenden.
Ein Zimmermädchen,
welches gut Bügeln und Nähen kann,
sowie ein

Küchermädchen
finden bis Jacobi gute Stelle.
Zu erfragen bei der Redaktion.

Winnenden.
Ein Farbenboden
wird zu pachten gesucht.
Von wem? sagt die Redaktion.
Hohenacker.
400 Mark
Pflegschaftsgeld hat gegen gesetzliche
Sicherheit sogleich auszuleihen
Ludwig Banzhaf.

Waiblingen.
Einen neuen 4-sitzigen,
solid gebauten
Charabank
hat billig zu verkaufen
Wilhelm Glöckler,
Maler u. Ladier.

Ein mit Vieh und der Landwirtschaft
vertrauter
Knecht
sowie auch ein
Viehfüttlerer
können sofort eintreten.
Näheres bei der Redaktion.

Die zur Berei-
tung eines kräf-
tigen u. gesunden
Most
nötigen Sub-
stanzen liefert
ohne Zucker
franco f. Mk. 3.25
vollständig aus-
reichend zu 150 Liter
Apotheker Hartmann,
Stedborn und Hemmehofen
(Schweiz) (Baden).
Vor schlechten Nachahmungen wird
ausdrücklich gewarnt! Zeugnisse
gratis und franco zu Diensten.
Man achte auf die Schutzmarke!

Niederlagen in Winnenden: Apoth.
Schmid; Stetten i. N.: Apotheker
Becker; Schorndorf: G. Moser am
Bahnhof; Feuerbach: Apoth. Schrader.

Eisenbahnzüge
nach dem Fahrplan vom 1. Juni 1890.

Abgang nach		Waiblingen	
(Cannstatt, Stuttgart)	5 ¹⁵ 7 ¹² 12 ³¹ 5 ⁴⁸ 8 ^{21*} 9 ⁵²	Baacknang	(Murrhardt, Gaildorf, Hessenthal, Hall)
	6 ²³ 10 ⁵⁶ 1 ^{52*} 4 ⁵⁴ 9 ¹²		

*) Die mit * bezeichneten Züge sind Schnellzüge.
*) Der Zug 5¹⁵ in der Richtung Waiblingen fährt nur Werk-tags.

Landesnachrichten.

— Se. Maj. der König hat den Eisenbahnsekretär Böttner bei der Generaldirektion der Staatsbahnen und den Eisenbahnsekretär Stumpp, Kanzeihilfsarbeiter bei dem Ministerium der ausw. Angelegenheiten, Abt. für die Verkehrsanstalten, zu Exeditoren bei der Generaldirektion der Staatsbahnen unter Verleihung des Titels Revisor befördert.

— Se. Maj. der König hat den Oberzahlmeister der Staatshauptkasse, Oberfinanzrat v. Frey, wegen vorgehenden Lebensalters und geschwächter Gesundheit seinem Ansuchen entsprechend unter Anerkennung seiner langjährigen treuen und vorzüglichen Dienste in den bleibenden Ruhestand versetzt, das Kameralamt Spaichingen dem Revisor v. Mutschgall bei dem Steuerkollegium und das Kameralamt Roth am See dem Sekretär Knöpfle bei dem Steuerkollegium übertragen, den Revisor Kleiner bei der Oberrechnungskammer seinem Ansuchen entsprechend in gleicher Eigenschaft zu dem Steuerkollegium versetzt, je eine der drei weiteren bei dem Steuerkollegium erl. Expositorstellen dem Kanzeihilfsarbeiter Groß bei der Oberrechnungskammer, dem Kameralamtsbuchhalter Schweizer in Stuttgart und dem Kanzeihilfsarbeiter Dorn bei dem Steuerkollegium, ferner die Hauptzollverwalterstelle in Ulm dem Expositor, tit. Sekretär Stappes bei dem Steuerkollegium übertragen, endlich den Revisoramtsassistenten Flander in Gaildorf, Forst's Hall, behufs Uebernahme der gräflich Bückler-Simpurg'schen Forstverwalterstelle in Gaildorf seinem Ansuchen entsprechend aus dem Staatsforstdienst entlassen, sowie die Amtmannsstelle bei dem Oberamt Crailsheim dem stellv. Amtmann Schlaich in Nieblingen übertragen.

— Der St. M. enthält u. a. eine Verfügung des k. Ministeriums der ausw. Angelegenheiten, Abt. für die Verkehrsanstalten, betr. die Abänderung der inländischen Postordnung vom 14. März 1881, sowie eine Bekanntmachung, betr. die Abänderung der für den Wechselverkehr zwischen den deutschen Postgebieten gültigen Postordnung vom 8. März 1879.

— Von dem Fürsten zu Dettingen-Wallerstein ist auf die Pfarrei Dorfmerkingen, Dek. Neresheim, der dort. Pfarrverweser Viktor Mayer patronatisch ernannt worden.

Diensterledigungen: Die Stelle des Oberzahlmeisters der Staatshauptkasse; eine Sekretärs- und zwei Revisorstellen bei dem Steuerkollegium; eine Expositorstelle bei der Oberrechnungskammer; die Kameralamtsbuchhalterstelle in Stuttgart; das Revisoramt Comburg, Forst's Hall; zwei Eisenbahnsekretärstellen bei der Generaldirektion der Staatsbahnen, M. T. je 14 Tage; die Pfarrei Erligheim, Dekanats Besigheim, Eink. 2500 M., M. T. 3 Wochen; die Schulst. zu Erzingen, Bez. Balingen, Eink. 1023 M. neben fr. Wohnung; die neuerichtete 6. Volksschulstelle zu Crailsheim, Eink. 986 M. neben 200 M. Mietzinsentschädigung.

Gestorben: 26. Juni zu München, Kfm. Joh. Kiegl aus Stuttgart; 27. Juni zu Cannstatt Defan Rud. Kooßschütz, 68 J. a.; zu Stuttgart Kanzeirat a. D. Karl Diehl, 88 J. a.

§§ Win n e n d e n, 30. Juni. Schnell tritt der Tod den Menschen an. So hieß es auch bei einem schon bejahrten Mann aus Beinstein, welcher am letzten Mittwochmarkt hieher kam, um ein Schwein zu kaufen; derselbe fühlte sich plötzlich unwohl und war deshalb im Begriff sich wieder nach Hause zu begeben, als er in der Nähe der Kgl. Heilanstalt dem Anschein nach von einem Herzschlag befallen wurde, welcher nach wenigen Minuten seinem Leben ein jähes Ende machte.

Stuttgart, 27. Juni. Dem ständischen Ausschuss ist, wie schon kurz gemeldet, der Entwurf eines Ges. wegen Abänderungen und Ergänzungen der Gesetze über die Verwaltung der Gemeinden, Stiftungen und sonstigen öffentlichen Körperschaften zugegangen. Ueber die nach diesem Entwurf eintretenden Änderungen des bestehenden Rechts ist noch nicht viel verlautet. Auf dem Umweg über Berlin erfährt man nun Einiges. Der Reichsanz. schreibt nämlich über den Gegenstand: Zur Zeit wird der Ortsvorsteher aus drei von den Gemeindebürgern mittelst Wahl vorgeschlagenen Kandidaten in Gemeinden I. Klasse (Städten von mehr als 5,000 Einw.) von dem König, für die übrigen Gemeinden von der Kreisregierung ernannt. Künftig soll der Ortsvorsteher von Gemeindebürgern gewählt werden und die Wahl der Bestätigung durch den König bezw. die Kreisregierung bedürfen. In dem Gemeinderate sollen künftig Personen, welche mindestens den 4. Teil der Gemeindeabgaben entrichten, in Staatsangelegenheiten Sitz und Stimme erhalten. Die Wahlperiode der Mitglieder des Bürgerausschusses wird von 2 J. auf 4 J. verlängert. Der bis jetzt durch Wahl der Gemeindebürger bestimmte Obmann des Bürgerausschusses soll künftig durch dessen Mitglieder aus ihrer Mitte erwählt werden. In den Gemeinden I. Klasse wird bezüglich des Gemeindeetats die Aufsichtsbeförderung auf das Recht der Einsprache gegen den vorgelegten Etat beschränkt, in den übrigen Gemeinden verbleibt es bei dem bisjh. Erfordernis der Statsgenehmigung. Für die Verwaltung der größeren Stadtgemeinden von über 10,000 Einwohnern (derzeit 11 Gemeinden) können ein oder mehrere Hilfsbeamte (besoldete Gemeinderäte) durch die vereinigten Gemeindefol-

gien angestellt werden und zwar auf bestimmte Zeitperioden (nicht unter 6 Jahren) oder auf Lebenszeit. Diese Hilfsbeamten müssen die zweite höhere Dienstprüfung im Departement der Justiz, des Innern oder der Finanzen abgelegt haben. An dem Bestand der Amtskörperschaften wird durch den Entwurf nichts geändert, dagegen sollen die Deputirten zur Amtsversammlung durch den vereinigten Gemeinderat und Bürgerausschuss jeder Gemeinde auf 3 Jahre gewählt werden. Das passive Wahlrecht für diese Deputirten wird auf alle Gemeindeangehörigen ausgedehnt. Neu ist die Bildung eines aus 7 vom Könige ernannten Mitgliedern (richterlichen, Regiminal- und Korporationsbeamten) bestehenden Disziplinarhofes für Körperschaftsbeamte, welcher über die Dienstentlassung der Mitglieder der Gemeindefolgien und der Beamten der Gemeinden, sowie der Mitglieder und Beamten der sonstigen dem Ministerium des Innern unterstehenden öffentlichen Körperschaften nach vorangegangener Disziplinarverfahren entscheidet. (Der Entwurf wird wohl bald im Druck erscheinen; dann wird auf die Einzelheiten einzugehen sein.)

Stuttgart, 27. Juni. Bei den Heizern Haug und Bauer, welche bei dem Eisenbahnunfall bei Mühlacker am 21. Juni verunglückten und sich in der Klinik von Dr. Alb. Zeller befinden, nimmt die Heilung der Verletzungen einen normalen Verlauf. Der Zustand des im Kath.-Hospital untergebrachten Bremfers Schmeper, welchem noch am Tage des Unglücks die Hand abgenommen werden mußte, ist ein befriedigender.

— W ü r t t e m b e r g, welches der Fläche nach den 25., der Bevölkerungsziffer nach den 54. Teil Deutschlands ausmacht, besitzt mit 8,899,940 etwa den siebenten Teil aller Obstbäume in Deutschland (58,220,000.) Die Hauptverwendungsart ist die zu Most, wovon jährlich 332,000 Hektoliter aus etwa 1 Million Str. Obst bereitet werden. Trotz des ausgedehnten Obstbaues kann der Bedarf an Obst nicht im eigenen Lande gedeckt werden. Es sind z. B. im Herbst 1889 noch eingeführt worden 4002 Waggonladungen à 200 Centner = 800,400 Centner mit einem Geldwert von 8 Mt. pro Centner = 6,403,200 Mark. Es kamen aus Oesterreich-Ungarn 2376, Schweiz 364, Frankreich 238, Italien 182, Schlefien 145 Waggons, der Rest aus den anderen Gegenden Deutschlands. Man kann Württemberg einen Garten nennen, da der Obst- und Weinbau die bei Weitem wichtigste Bodenkulturart ausmacht. Zahlreiche Lehrturse in gärtnerischen und pomologischen Anstalten sorgen für Ausbildung von Praktikern, die die Kultur und Pflege der Bäume praktisch erlernen und später praktisch verwerten. In dem Institut dieser Baumwärter, die jede Gemeinde und jeder Verein anstellt, liegt der Erfolg der schwäbischen Obstkultur.

L u d w i g s b u r g, 26. Juni. Heute früh 2¼ Uhr stürzte der Soldat Burkhart von der 8. Batterie des hiesigen Artillerieregiments aus einem Fenster des 2. Stockwerks der Lederwerkstafelne und erlitt durch Zertrümmerung der Hirnschale so schwere Verletzungen, daß er denselben erlegen ist. Ueber die Ursache des Sturzes ist nichts bekannt, es läßt sich nur vermuten, daß Burkhart in der Schlaftrunkenheit das Fenster mit der Thüre verwechselte oder daß er auf dem Fensterbrett eingeschlafen ist.

C a n n s t a t t, 27. Juni. Heute Vorm. ist der in hiesiger Stadt und Bezirk hochgeachtete und sehr beliebte Defan Kooßschütz nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 63 Jahren sanft verschieden. Er war ein treubeforgter Seelsorger u. warmer Freund der Armen u. Notleidenden, dessen 10½jähr. segensreiches Wirken in hiesiger Stadt noch lange in dankbarer Erinnerung gleichwie in seinen früheren Amtsbezirken Münsingen und Besigheim bleiben wird.

S c h o r n d o r f. Am Donnerstag den 26. Juni kam zur Verhandlung die Strafsache gegen den ledigen Metzger Friedrich Fritsch von Rudersberg wegen Totschlags. Es ist dieses der Fall, bei welchem der Fabrikarbeiter Wild von hier gestochen wurde und welcher sodann an Blutvergiftung gestorben ist. Geladen waren außer 9 Zeugen, 3 Sachverständige und zwar Hr. Hofrat Dr. Schnabel von Gmünd, Hr. Oberamtsarzt Dr. Gaupp und Hr. Oberamts-Wundarzt Dr. Maier von hier. Die Verhandlung dauerte bis abends 6¾ Uhr und endigte damit, daß die Geschworenen den Fritsch der Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode für schuldig erklärten. Herr Staatsanwalt Hering beantragte so dann auf eine Zuchthausstrafe von 3 Jahr und 6 Monat, sowie auf Abtennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Der Verteidiger des Fritsch brachte sodann die Bitte ein, die Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe zu verwandeln, auch demselben

die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung zu bringen. Das Gericht hat sodann auf eine Gefängnisstrafe von 4 Jahr 6 Monat, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahr, an welchen 3 Monate Untersuchungshaft abgehen sollen, sowie auf die Tragung der entstandenen Kosten erkannt. Der Verurteilte, welcher eine tiefe Reue zeigte, dürfte wohl von manchen als Vorbild genommen werden, namentlich in der Hinsicht, daß nicht, wie es oft geschieht, wegen kleinlichen Sachen, gleich zu dem Messer zc. gegriffen wird, um sich so für etwas zu rächen, was kaum beachtenswert ist, und sodann einen Andern und sich selbst unglücklich zu machen und jahrelang zu büßen, was jugendlicher Uebermut in einer Sekunde vollbracht hat.

B l o c h i n g e n, 26. Juni. Diesen Abend zwischen 5 und 6 Uhr gerieten zwei im Alter von 11 und 13 Jahren stehende Knaben beim Baden im Neckar in eine Vertiefung, aus der der eine nur mit Lebensgefahr durch einen in der Nähe befindlichen Mann gerettet werden konnte; von dem andern dagegen ist bis jetzt trotz des eifrigsten Suchens nicht die geringste Spur vorhanden.

R i c h t h e i m u. L., 26. Juni. Gestern passierte in der Wollhalle ein bedauerlicher Unfall. Ein Schäfer überstürzte einen vollen Wollsack, welcher trotz ergangener Warnungsrufe den 12-jährigen Sohn des Heinrich Schmid, Weingärtner so unglücklich traf und zu Boden schlug, daß derselbe sich einen Schädelbruch zuzog und bewußtlos vom Platze getragen werden mußte. Den Schäfer soll keine Schuld treffen.

H e i l b r o n n, 26. Juni. Wegen Unterschlagung und Fälschung im Amte wurde der Stationsmeister und Postexpeditor Schmelze von Satteldorf, O. A. Crailsheim, vom Schwurgericht zu 9 Monaten, der Eisenbahnpraktikant Neu von Mühlacker zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei letzterem gehen 4 Monate Untersuchungshaft ab.

H e i l b r o n n, 28. Juni. Heute früh gegen 5 Uhr ereignete sich ein schwerer Unglücksfall; eine nervenleidende Frau stürzte aus einem Fenster des ersten Stockes und blieb sofort tot.

L a u f f e n a. N., 27. Juni. Gestern vor-mittag zwischen halb 7 und 7 Uhr ereignete sich in einem Steinbruch des Zementwerks ein beklagenswertes Unglück. Beim Felsensprengen ging ein Schuß untersehens los, wodurch zwei Arbeiter ziemlich stark im Gesicht verbrannt wurden und einem dritten die Hand zerquetscht ward, daß sie abgenommen werden mußte.

B e b e n h a u s e n, 25. Juni. Se. Maj. der König hatten heute den konsultierenden Leibarzt Prof. Dr. v. Liebermeister aus Tübingen mit dem Leibarzt Dr. v. Fezer zur ärztlichen Konsultation befohlen. Es konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß der Winteraufenthalt in der Heimat, wenn auch Se. Maj. in vorübergehender Weise von katastrophischen Störungen betroffen war, doch keinen nachteiligen Einfluß auf das allerhöchste Gesamtfinden ausgeübt hat. Die seit Jahren nachgewiesenen Veränderungen in den Atmungs- und Kreislauforganen sind nicht weiter fortgeschritten und es ist der Zustand dieser Organe zur Zeit als ein nach Umständen befriedigender zu bezeichnen. Die neuralgischen Beschwerden machen sich immer noch von Zeit zu Zeit geltend.

H e i d e n h e i m, 25. Juni. Der Hafner-geselle von Schnaitheim, welcher von einem andern Burtschen mit dem Stiefel auf den Unterleib gestoßen wurde, ist gestorben.

U l m, 26. Juni. Heute nachm. um 4 Uhr wurde die Stadt durch Feuerlärm inmitten ihrer Vorbereitungen zum Münsterfest aufgeschreckt (s. l. Bl.) In einem der Strauß'schen Brauerei zugehörigen, mit Holz, Pech und Fasmaterial reichlich aufgespeicherten Stadel, hinter dem sog. Kohlenstadel, längs dem Frauengraben brach das Feuer aus und verbreitete sich mit erschreckender Schnelligkeit in die angebauten Räumlichkeiten. Bald war die benachbarte Scheuer, Bierbrauereibesitzer Höhn zum Bären gehörig, eine Beute der Flammen, die hoch auflodernd eine gewaltige Hitze erzeugten und den nahen Grabenhäuschen die größte Gefahr brachten, die nur durch unermüdeliches Begießen mit Wasser beseitigt wurde. In der größten Gefahr schwebte das Haus des Malzfabrikanten Beck, nur wenige Fuß von dem Entstehungsherd entfernt; dasselbe mußte auf feuerwehropolizeiliche Anordnung geräumt werden, doch blieb dasselbe Dank der großen Leistungen der Feuerwehr verschont. Die weiter anstoßende Scheuer, dem Kommerzienrat Würklen gehörig, wurde durch das Weiterschreiten des jedem Eingreifen spottenden Feuers zum größten Teil durch den Brand vernichtet, nachdem ein großer Teil von Tabak gerettet

werden konnte. Der Brand, der mitten in einem eng gebauten, rings von bewohnten Häusern umgebenen Raum ausbrach, bot bei Tage schon ein wildschauerliches Bild und alle Anstrengungen der sofort herbeigeeilten, mit anerkenntenswerthem Eifer einsetzenden Feuerwehr waren im Anfange vergebens, so reichlich war der Feuerherd versorgt. Der Schaden ist groß, doch hätten die betreffenden abgebrannten Gebäulichkeiten ganz oder teilweise dem neu zu erbauenden Justizgebäude Platz machen müssen. Menschenleben standen nicht in Gefahr. Die Feuerwehr ist die ganze Nacht bei dem ausgedehnten, noch nicht gelöschten Feuerherd noch thätig. Der Brand wurde, wie die polizeilichen Erhebungen ergaben, durch das 5jährige Söhnchen eines Wirtes verursacht, das mit der Magd in den Kohlenstadel gegangen war, um Eis zu holen, hiebei von der Magd Zündhölzer zum Anzünden des Lichtes erhalten und mit diesen das Stroh angezündet hatte.

N a v e n s b u r g, 26. Juni. Ein sich selbst überlassenes Kind in der unteren breiten Straße geriet vorgestern auch hinter die Zündhölzchen und zündete damit das im Zimmer stehende Bett an, worauf es, wahrscheinlich aus Furcht vor den Flammen, ins anstoßende Gemach ging. Nachbarn entdeckten und löschten den Brand, ehe das Feuer weiter um sich greifen konnte.

V i b e r a c h, 27. Juni. In dem stattlichen Nachbarort Ummendorf entstand heute früh 6 Uhr Feuer. Die Bewohner eines kleinen Soldnerhauses befanden sich gerade beim Frühstück, als der Brand ausbrach. Der herrschende Sturmwind übertrug das Feuer auf das Nachbarhaus, welches gleichfalls niederbrannte.

L e t t n a n g, 25. Juni. Feuerlarm weckte um 12 Uhr nachts die Bewohner; es brannte der Gebäudekomplex zwischen dem alten Schloß und der Löwenwirtschaft nieder. Fahrnis konnte viel gerettet werden, 3 Häuser sind abgebrannt, 10 Familien sind obdachlos geworden. Die Rettung der mit den abgebrannten Gebäuden zusammengebauten Löwenwirtschaft ist der treuen Pflichterfüllung der städt. Feuerwehr und der herrschenden Windstille zu danken, auch die Feuerwehr von Neckenbeuren, die später kam, hat fleißig mitgearbeitet. Die Entstehungsurache ist bis jetzt nicht ermittelt.

W a l d s e e, 26. Juni. In Oberschwarzach fiel ein 75 Jahre alter, geachteter Mann vom Dache seines Hauses, wo er eine kleine Reparatur ausführen wollte. Derselbe trug so schwere Verletzungen davon, daß er heute an denselben starb.

— Die Gesamtzahl der aus **W ü r t t e m b e r g** abgegangenen Petitionsunterschriften stellt sich nunmehr auf gegen rund 50,000.

Tagesberichte.

B e r l i n, 27. Juni. Die Kreuzz. sagt: Das Gerücht über die Erschütterung der Stellung des Kriegsministers werde neuerdings in verstärktem Maße innerhalb der oppositionellen Parteien des Reichstags verbreitet. Man behauptet, daß der Minister sein Abschiedsgesuch bereits eingereicht habe, in jedem Falle aber einen längeren Urlaub antreten werde. Als mutmaßlicher Nachfolger wird der Kommandant des Hauptquartiers des Kaisers, Generalleut. v. Wittich genannt. — Die **Voss. Z.** (b. fr.) schreibt: Der neue Finanzminister Miquel hat bei seinem Abschiede von den Frankfurter Gemeindefürsorge seine Aufgabe dahin gekennzeichnet, daß er eine gerechtere, den heutigen Verhältnissen und gesellschaftlichen Zuständen entsprechende Verteilung der Staatslasten durchzuführen und das preuß. Finanzwesen auf dieser Grundlage in Einklang mit den heutigen Verhältnissen zu bringen haben werde. Miquel, der in seiner Jugend den Anschauungen von Karl Marx gehuldigt, ist kein Sozialist mehr, aber er wird die sozialpolitische Bedeutung des Steuerwesens nicht unterschätzen. Seine Erklärung zeigt, daß er ernste Vorsätze gefaßt, zu denen man, wenn anders die Worte Miquels einen Sinn haben sollen, die Beseitigung der Zuckerausfuhrprämien, die Aufhebung des Steuerunterschieds bei der Branntweinsteuer, die Beseitigung der Getreidezölle und die Heranziehung der ehemals reichsunmittelbaren Standesherrn zu allen Lasten der übrigen Bürger rechnen mußte. Denn diese 4 Forderungen werden vorerst die unabweisbaren Gebote jeder sozialen Gerechtigkeit im Steuerwesen bilden. Sollte Miquel diese Forderungen zurückweisen, so würde man im Voraus versichern können, daß ihm seine Aufgabe nicht gelingen werde. Wenn er aber, wie sich von einem

sozialpolitisch gebildeten Manne erwarten läßt, sich die obigen 4 Forderungen zu eigen machen u. der Erfüllung entgegenführen will, so wird er mehr Dank vom Volke und mehr Anerkennung von der Geschichte ernten, als wenn er noch so viel neue Steuern erfinden und mittelbar oder unmittelbar der Nation abnehmen würde.

B e r l i n, 28. Juni. Der Rücktritt des Kriegsministers v. Verdy bestätigt sich. Er hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, bleibt aber im Amte, bis die Rückkehr des Kaisers erfolgt. Als Nachfolger gilt Wittich, welcher jetzt den Kaiser auf der Nordreise begleitet. — Die ostafrikanische Gesellschaft dürfte die Verwaltung der Küste zc. dem Reiche überlassen u. hierfür einen Beitrag leisten.

— Fürst Bismarck hat die Kandidatur für den Reichstag in Kaiserslautern angenommen, wo Miquel mit nur einigen Stimmen Mehrheit gewählt aber angefochten war.

B e r l i n, 25. Juni. Wie das „**Frkf. Jour.**“ vernimmt, steht es fest, daß Major Wismann nicht mehr in Diensten der Regierung nach Afrika zurückkehrt. Bis sein Urlaub abgelaufen sein wird, dürften die Verhältnisse Ostafrikas, zumal soweit es sich um die definitiv abgegrenzte Interessensphäre handelt, in einer Weise geordnet sein, die eine Anwesenheit des Reichskommissars überflüssig macht. Major v. Wismann dürfte berufen sein, in der Kolonialbehörde, deren Erweiterung bevorsteht, eine seinen Kenntnissen und Erfahrungen entsprechende Stellung anzunehmen.

B e r l i n, 27. Juni. Große Hamburger Häuser beabsichtigen, mit englisch-holländischem Kapital Südwestafrika zu erschließen, nachdem dort eine gewisse Friedenssicherheit gegeben ist.

— Der **Nat. Z.** zufolge ist das deutsch-englische Abkommen wegen Ostafrikas am 26. endgültig zu Stande gekommen. Das Blatt fügt bei, der Vertrag werde voraussichtlich bald dem englischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden. Es sei Grund zu glauben, daß auch die Insel Mafia an der ostafrikanischen Küste dem deutschen Schutzgebiet zugewiesen wird. — Nach Bericht mehrerer Berliner Blätter erklärte Reichskanzler v. Caprivi seinen Gästen bezüglich des deutsch-englischen Abkommens, die Gebiete am Tana werden überschätzt; die Insel Patta und Manda seien den Engländern durch Schiedspruch zugesprochen, ohne deren Besitz sei das übrige abgetretene Gebiet wertlos. Weiter betonte der Reichskanzler die Wichtigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu England.

B e r l i n, 27. Juni. Nach trefflichen Neben Payers und Hinzers, denen Bennigsen und Kardorff antworteten, wurde die Militärvorlage mit 211 gegen 128 Stimmen angenommen. (Zwanzig bayrische und badische Centrumsvertreter stimmten mit der Opposition.) Der Antrag auf zweijährige Präsenz erzielte 134 Stimmen, darunter 10 Schwaben (die Volksparteiler: Payer, Hausmann, Hürle, Sch n a i d t, Kercher, v. Münch, Speiser, Pflüger, Hähnle und der dem Centrum angehörige Gösser), gegen 205, darunter 7 Schwaben, (Siegle, v. Gültlingen, Leemann, Graf Abelmann, Gröber, Braun). Von den badischen Abgeordneten stimmten die Centrums-Abgg. v. Vuol, Lauck, Lender, Marbe, Reichert und Schüler, sowie der keiner Fraktion angehörende v. Hornstein und die Konservativen Menzer und Graf Douglas für die Vorlage. Pflüger und Dillinger stimmten gegen dieselbe, desgleichen Dresbach und die Centrumsmitglieder Hug und Schättgen.

B e r l i n, 27. Juni. Dem Reichstag ging ein Antrag des Reichskanzlers auf Vertagung des Reichstags vom 8. Juli bis 18. Nov. zu. (Nach der **Freisinn. Z.** ist es nicht ausgeschlossen, daß die Sitzungen des Reichstags schon am 4. oder 5. Juli ihr Ende erreichen und der Reichstag bis zum 9. Juli, also bis zum Anfangstermin der Vertagung, welche durch die kais. Kabinettsordre ausgedrückt werden wird, sich selbst vertagt.)

B e r l i n, 27. Juni. Die Vertagung des Reichstags bis 18. Nov., also länger, als man erwartet hatte, wird mit dadurch erklärt, daß der preuß. Landtag in diesem Jahre wegen der zu erwartenden größeren gesetzgeberischen Arbeiten schon im Herbst einberufen werden soll und das Nebeneinanderliegen von Reichs- und Landtag wenigstens im Anfang vermieden werden soll. — Der Nachtragsetat infolge des Militärgesetzes setzt an einmaligen Ausgaben für die württemberg. Heeresverwaltung 1,463,650 \mathcal{M} , für Garnisonbauten in Elsaß-Lothringen 4,774,700 \mathcal{M} an.

— Dem Reichstage ist der 3. Nachtrag zum Reichshaushaltsetat zugegangen. Derselbe balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 73 283 323 \mathcal{M} , nämlich

8 409 595 \mathcal{M} fortbauende und 64 873 738 \mathcal{M} einmalige Ausgaben. Der Heeresetat nimmt davon an fortbauenden Ausgaben 6 546 734 \mathcal{M} in Anspruch. An einmaligen Ausgaben werden ausgeworfen 1 250 000 \mathcal{M} im Postetat zur Anlage einer unterirdischen Telegraphenlinie von der bayerisch-sächsischen Grenze bei Hof über Chemnitz bis Dresden, ferner im Etat der Verwaltung des Reichsheeres 10 305 090 \mathcal{M} für die Bervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung. Es sollen angelegt werden zweite Geleise auf den Strecken Lissa-Posen, Neunkirchen-Schleismühle-Saardamm (Forbach) und Ruhnow-Neustettin-Königs. Ferner sollen besondere örtliche Anlagen, Ladevorrichtungen, Kreuzungsgeleise zc. an verschiedenen Punkten hergestellt werden. Die schiefe Ebene zwischen Neuenmarkt und Marktshorgast soll umgebaut werden; endlich soll eine feste Brücke über die Weichsel bei Jordan im Zuge einer preußischerseits geplanten Bahn von Jordan über Culmsee etwa nach der Station Schönsee an der Thorn-Justerburger Eisenbahn hergestellt werden. Ferner wirft der Stat aus für das Reichsheer einmalige Ausgaben 42 152 483 \mathcal{M} als Folge der soeben angenommenen Militärvorlage, darunter 11 664 800 \mathcal{M} zur Ausbildung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Infanterie und Jäger mit dem Gewehr M. 88; endlich 4 774 700 \mathcal{M} zu Garnisonbauten in Elsaß-Lothringen. Die Quote an Bayern beträgt 5 514 000 \mathcal{M} . Der Seniorenkonvent des Reichstags hat beschlossen, vor der Vertagung von diesen Nachtragsetat nur den Teil zu beraten, der eine direkte Folge der bereits beschlossenen Gesetze ist, sowie die oben erwähnte Forderung von 11 664 800 \mathcal{M} zur Ausbildung von Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Infanterie und Jäger mit dem Gewehr M./88.

— Die 9. Kommission des Reichstags hat den § 1 der Novelle zum Reichsstrafgesetzbuche, nach welcher die Verwendung entwerteter Postwertzeichen bestraft werden soll, angenommen. — Auf den Abschluß der 1. Lesung der Arbeiterschutzvorlage vor der Vertagung des Reichstags ist von der Kommission verzichtet worden. Die Beratungen werden Ende Oktober wieder aufgenommen werden. — Das Gewerbegerichtsgesetz soll die 3. Lesung im Plenum an Einem Tag passieren, die Sozialdemokraten verzichteten auf die Wiederholung ihrer in der 2. Beratung gestellten Anträge. — Die Konfervativen und Liberalen beantragen im Reichstage ein Heimstättengesetz. Jeder Deutsche über 24 Jahre soll zur Errichtung einer Heimstätte berechtigt sein, die nur bis zur Hälfte des Ertragswerts verschuldet sein darf und die der Zwangsvollstreckung nur in bestimmten Fällen unterliegen soll.

B e r l i n, 27. Juni. Die Arbeiten des Reichstags werden nach der Rechnung des Seniorenkonvents bis 5. Juli beendet sein. Der verfassungsmäßig notwendige Vertagungsantrag der Regierung (8. Juli bis 25. Nov.) hindert nicht den früheren Schluß der Verhandlungen. — Die Sozialdemokraten beantragen im Reichstage, die Regierungen mögen nach dieser Tagung durch Abänderung der Pensionsgesetze eine den Gehaltserhöhungen des Nachtragsetats entsprechende Zulage für pensionierte Beamte und deren Hinterbliebenen ermöglichen. — Von dem heute beim Reichstag eingegangenen Nachtragsetat sollen nur die Forderungen, die mit dem Militärgesetz in Verbindung stehen, und für die Einübung der Reservisten mit der neuen Waffe noch vor dem Herbst erledigt werden.

B e r l i n, 26. Juni. Die **Freis. Ztg.** sagt: Eine bittere Enttäuschung haben diejenigen Centrumsmitglieder erfahren, welche sich durch die sogenannte Kompensation bestimmen ließen, für die Militärvorlage zu stimmen. Es hat sich nämlich, wie gestern schon die „**Kreuztzg.**“ andeutete, herausgestellt, daß die Kompensationen nicht einmal so günstig gemeint waren, wie Abg. Richter sie auslegte. Die Vermehrung der Dispositionsurlauber um 6000 Köpfe entlastet nicht den Volkshaushalt um 6000 Dienstjahre und die Finanzen um etwa 2 Millionen, sondern es sollen nun noch entsprechend mehr neue Rekruten eingestellt werden, als schon nach der Militärvorlage beabsichtigt war, so daß an der Präsenzstärke durch Vermehrung der Dispositionsurlauber gar keine Minderung eintritt und auch die finanzielle Erleichterung sich kaum auf 100,000 \mathcal{M} beläuft. Seltsamerweise hat Major Gade die günstigere Auffassung von dieser sogen. Konzession seitens des Abg. Richter bei seinen Darlegungen unbeanstandet hingenommen.

R i e l, 27. Juni. Der Kaiser hat sich heute auf dem Panzerschiff Kaiser eingeschifft und ist um 8 Uhr abends mit dem Manöver-Übungsgeschwader in See gegangen.

München, 26. Juni. Nach den „Neuesten Nachrichten“ halten die verbündeten Regierungen am 1. Januar 1890 für die Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung fest.

Nürnberg, 26. Juni. Eine Bluttat, bei welcher ein Stuttgarter (Schlosser Karl Deck) zum Opfer fiel, ist leider zu melden. Der Gekerkte war mit mehreren Arbeitern in Streit geraten, der schließlich in Thätlichkeit ausartete, wobei D. einen derartigen Stich erhielt, daß er bewußtlos zusammenbrach und nach 24 Stunden verschied.

Wien, 27. Juni. Die Vorarbeiten des Festausschusses für das Allgemeine Deutsche Sängerbundsfest in Wien sind nahezu beendet, die weitere Anmeldung von Sängern mußte bereits eingestellt werden. 57 Sängerbünde mit 1007 Vereinen und 13,096 Sängern sind zur Teilnahme an dem Feste angemeldet.

Pest, 28. Juni. Die ungarische Delegation wurde durch den Minister Kallay, der Namens des Kaisers dankte, geschlossen. Tisza betonte, die Delegation erblicke in dem Dreibund die vorwiegendste Friedensbürgschaft; die Delegation sei sich bewußt, daß der theuerste Frieden weniger Opfer erbeische, als der billige Krieg. Für Vaterland und Thron sei jeder Ungar stets zu Opfern bereit.

Rom, 27. Juni. Der offiziöse „Capitan Fracassa“ dementiert die Meldung, daß die Tripelallianz neuerlich verlängert worden sei, erklärt jedoch, angesichts der furchtbaren Rüstungen Frankreichs könne Italien keinen Augenblick zögern, die Tripelallianz zu erneuern.

Paris, 26. Juni. Das Großfeuer in Fort-de-France auf der Insel Martinique zerstörte nach dem soeben eingegangenen Bericht des Gouverneurs 1600 Häuser; 15 Straßen sind vollständig eingeebnet; das Hospital, die Post, die Kathedrale, das Zollgebäude, das Verwaltungsgebäude und die Bibliothek sind verbrannt.

London, 27. Juni. Ein Berichterstatter des New-Yorker Herald hatte eine Unterredung mit einer Dame im Hause des Fürsten Krapotkin. Dieselbe sagte, Krapotkin kommandiere die Nihilisten in Rußland und im übrigen Europa. In dem Hofe seines Londoner Hauses wurden die Bomben zur Ermordung des Zaren angefertigt. Eine Vergiftung des Zaren durch Eier, welchen Blausäure beigemischt worden war, mißlang, weil die Zarin das Komplott entdeckte. Die Nihilisten suchen durch Prahlereien Schrecken zu verbreiten. Sie erklären, daß die „Hinrichtung“ des Zaren spätestens innerhalb 9 Monaten vollzogen sein werde.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Juni. Fortsetzung der zweiten Beratung der Militärvorlage. — Abg. Graf von der Decken (Welfe) ist der Ansicht, daß das Septennat eine fort-dauernde Geltung habe und nun nicht auf einmal im Prinzip abgeändert werden könne. Die neuen Forderungen seien daher nur zu bewilligen, wenn Gefahr vorliege. Von einer solchen könne aber augenblicklich nicht die Rede sein. Redner ist der Ansicht, daß die Vorlage dazu angethan sei, Beunruhigung hervorzurufen, statt zu beruhigen. Gerade im Interesse sei es geboten, dieselbe abzulehnen. — Abg. v. Hüne (Zentr.): Der Zweck der Windthorst'schen Resolutionen sei, die durch die militärischen Zukunftspläne hervorgerufene Beunruhigung zu beseitigen. Die Kosten der jetzigen Vorlage können aus den bestehenden Einnahmen gedeckt werden. Die zugesicherte Erhöhung der Zahl der Dispositionsurlauber gelte, wie er annehme, nicht bloß für dieses Jahr, sondern auch in Zukunft. Die zweijährige Dienstzeit wäre ja sehr erwünscht, würde aber dazu führen, daß viele 2 Jahre dienen müßten, die jetzt nur eine Reserveübung machen. Den zweijährigen Dienst in so kurzer Zeit durchzuführen, wie die Vorlage, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Es sei bedauerlich, daß bei einer solchen Vorlage ein gewisser Kampf zwischen den Regierungen und dem Reichstag hervorgerufen werde.

Reichstanzler v. Caprivi: Ueber die Projekte innerhalb der Regierungen könne er sich nicht äußern, so lange dieselben nicht abgeschlossen seien. Anlangend die Auslegung seiner Aeußerung über die Dispositionsurlauber sei die Annahme von Hüne zutreffend. — Schatzsekretär v. Malzkahn bittet, von der Vorlage alle finanziellen Erwägungen fernzuhalten, da der Nachweis nicht erbracht sei, daß Deutschland die finanziellen Lasten der Vorlage nicht tragen könne. Ob und welche Steuern man fordern werde, könne er noch nicht sagen, weil die Ausgaben für die Altersversicherung noch nicht übersehbar seien. Zur Zeit sei es möglich, diese Ausgaben ohne Mehrbelastung zu decken. Sobald Erwägungen innerhalb der Regierungen stattgefunden, werde betreffs der Finanzlage dem Reichstag weitere Mitteilungen gemacht werden. Finanziell erhebliche Einnahmen wie die Kornzölle dürfen nicht beschränkt werden. Eine Reichseinkommensteuer sei nach der Verfassung nicht ausgeschlossen, aber zunächst müsse man versuchen, die Ausgaben auf dem bisherigen Wege zu decken. Die

Zuckerkonvention sei noch nicht abgelaufen. Vor deren Ablauf könne nichts unternommen werden. Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten seien sehr hoch. Die gesamte preussische Staatsschuld sei aus den Erträgen der Eisenbahnen verzinst. Außerdem seien daraus noch Millionen zur Verwendung gekommen. Unsere fertige Schutzpolitik als Fiasco zu bezeichnen, widerspreche der Logik der Thatfachen. — Abg. Bebel (Soz.): Der Streit, ob Deutschland reich genug sei, weitere Militärlasten zu tragen, werde entschieden werden durch diejenigen, welche diese Lasten tragen, und die werden einst die Antwort geben. Das Zentrum habe die Wähler betrogen. Es sei ein Schwindel, daß Deutschland durch die Ablehnung der Vorlage wehrlos würde. Bei dem bevorstehenden Kampfe gegen Frankreich und Rußland müsse man nicht die Kräfte Deutschlands allein, sondern auch die der Verbündeten in Betracht ziehen, deshalb sei eine fortgesetzte Heeresvermehrung bei uns nicht nötig. Wenn es möglich ist, die Söhne der privilegierten Klassen in einem Jahre militärisch auszubilden, so ist die dreijährige Dienstzeit unhaltbar. Besondere historische Beispiele aus den Unionskriegen und dem französischen Krieg bewiesen, wie schnell Armeen organisiert werden können. Die Selbstmorde und die Mißhandlungen beim Militär bewiesen nach wie vor, wie schwer der Militärdienst den einzelnen treffe. Seine Partei werde gegen die Vorlage und gegen die Windthorst'schen Resolutionen stimmen, die nur eine Koullisse für den Rückzug des Zentrums seien. — Kriegsminister v. Verdy: Er bedaure Bebel's Aeußerung, daß der Soldat nicht als Mensch betrachtet werde. Bebel sei der Sprecher der unzufriedenen, nichtsnutzigen Elemente des Heeres. Der Offizier habe ein Herz für seine Leute. Seit 1881 seien die Selbstmorde in der Armee von 0,77 Prozent auf 0,56 herabgesunken. Man werde immer auf unsere Siege von 1870 hin, man vergesse aber, daß wir damals numerisch und technisch überlegen waren. Ob das noch der Fall sei, könne niemand sagen. Die Lage sei ernst, die Regierung sei selbst überzeugt gewesen, daß die Heeresentwicklung zum Abschluß gekommen sei; aber als die Wirkung des französischen Wehrgesetzes übersehbar war, habe man sich überzeugt, daß Frankreich einen bedrohlichen Machtüberschuß erhalten habe. Betrachte man die Bevölkerungszahl beider Länder, so sei Frankreich im Verhältnis um 300 000 Mann stärker als Deutschland. Gegen das rigorose französische Wehrgesetz sei unjähres mehr als human. Der jetzige Zeitpunkt sei zu einer Kraftprobe nicht geeignet, deshalb solle man nachgeben und die Vorlage annehmen. — Abg. v. Mantuffel (kon.): Seine Partei halte die Vorlage für notwendig und werde unter Ablehnung aller Anträge und Resolutionen für sie stimmen. Die Resolutionen seien überhaupt überflüssig und man brauche sich deshalb nicht mit ihnen aufzuhalten. Einen Sinn hätten sie nach den bestimmten Erklärungen der Regierungen ja so wie so nicht. Nach Lage der Dinge müßte die Vorlage einfach angenommen werden. — Abg. Komierowski (Pol): Die polnische Fraktion sei immer für Thron und Altar eingetreten. Getreu diesem Grundsatz werde sie auch für die Vorlage stimmen. Gleichfalls werde sie aber für die Windthorst'schen Resolutionen eintreten, da sie diese für notwendig halte. Hierauf wird die Beratung abgebrochen und die Sitzung auf morgen mittag 12 Uhr vertagt.

— 26. Juni. Zweite Lesung der Militärvorlage. — Payer (Volkspartei): Er habe seinen Wählern Sparsamkeit versprochen und werde deshalb, wie die Kolonialvorlage so auch die Militärvorlage ablehnen. Die Militärverwaltung behaupte immer, die Notwendigkeit ihrer Vorlagen beweisen zu haben; er teile den Glauben an diese Behauptung nicht. Auch in der Kommission habe ein Streit geherrscht über die vom Kriegsminister angegebene Ziffern; wären sie richtig, dann wäre die jetzige Forderung viel zu gering. Die Regierung begründe ihre geringe Forderung mit Rücksicht auf die Finanzen des Reiches. Dies sei auch der Standpunkt der Volkspartei. Es frage sich nur, wo die Grenze der Sparsamkeit anzufangen habe. Die Mehrheit stimme nicht aus Ueberzeugung, sondern aus politischen Gründen. Alle nachträglichen Versuche des Schatzsekretärs werden den Eindruck seiner ersten Rede nicht beseitigen, daß Steuererhöhungen bevorstehen, welche die Grenze der Leistungsfähigkeit des Volkes erreichen. Besonders bedauerlich sei die Behandlung der Getreidezölle als willkommene Finanzquelle. Wehe dem Staate, der sich auf eine Finanzquelle verläßt, die am einträglichsten ist, wenn Not und Teuerung im Volke am größten sind. Es würde keinen Respekt vor der Regierung bedeuten, wenn man die Zukunftspläne der Regierung trotz der Abwiegung des Reichstanzlers nicht als ernst behandeln wollte. Sollte es wirklich Landesbeile geben, deren Ernährung so armselig ist, daß der Aufenthalt in der Kaserne wie eine Ferienkolonie erscheint, wie könnte man es dann über das Herz bringen, solchen armseligen Leuten die notwendigsten Lebensmittel zu verteuern. (Beifall.) Trotzdem wäre die Volkspartei bereit gewesen, die Vorlage zu bewilligen, wenn die Regierung die bescheidene Konzession einer jährlichen Bewilligung und einer zweijährigen Dienstzeit zugestanden hätte. Die Forderung einer zweijährigen Dienstzeit bleibe gerecht; daher werde er, wenn das Gesetz angenommen worden, für die Resolutionen stimmen. Einen Konflikt zu scheuen habe die Regierung so viel Ursache wie der Reichstag. Wer jetzt nicht den Mut zu einem Konflikt habe, werde ihn später erst recht nicht haben. — Wennigsen (nl.) Die Unbestimmtheit der Zukunftspläne habe eine bedenkliche Erregung erzeugt, die von der Opposition ausgebeutet worden sei. Dieselbe habe verschwiegen, daß der Kriegsminister selbst nur solche Pläne unter Voraussetzung der Abkürzung der Dienstzeit hätte aufstellen können. Das Verhalten des Zentrums zeige sich hingegen im

vorteilhaftesten Lichte. (Zuruf: Ist kartellfähig!) Die letzte Rede des Schatzsekretärs habe die finanziellen Bedenken gegen die Vorlage beseitigt. Er halte vom Verfassungsstandpunkte aus für bedenklich, die Forderung der zweijährigen Dienstzeit an diese Einzelforderung zu knüpfen, freilich sei diese zweijährige Dienstzeit selbst in den mittleren Schichten der Bevölkerung unerhört populär. Er werde für die Resolutionen stimmen, auch er sei nicht überzeugt, daß ein Jahr länger in der Kaserne für die physische und moralische Gesundheit des Volkes notwendig sei. Wenn die Regierung es nicht forderte, so müsse die Nation von selbst verlangen, daß eine der französischen gleichwertige Armee geschaffen werde. — Hünge (frei.): Die Freisinnigen lebten die Forderung ab, weil sie der erste Schritt zu einer weiteren Heeresorganisation sei, deren Ende man nicht absehen könne. Die Ueberzeugung, daß die zweijährige Dienstzeit genüge, habe er schon als aktiver Offizier seit 1875 vertreten. Die Möglichkeit der abgekürzten Dienstzeit werde durch die ganze militärische Litteratur bewiesen. — Kriegsminister v. Verdy: Der Vorredner betone immer nur die mechanische Ausbildung und vergesse, daß die wichtigste die moralische Ausbildung des Soldaten nicht in 2 Jahren vollendet werden könne. — Kardorff (frei-konf.) polemisiert gegen die freisinnige Partei, welche die letzten Wahlen durch Piepmeyer gemacht hätten. Selbst die Polen hätten die Freisinnigen an Reichstreue übertroffen. Als Anhänger der zweijährigen Dienstzeit stimme er gegen die Resolutionen. — Die Diskussion wird hierauf geschlossen. — Hierauf wird der Antrag auf einjährige Bewilligung gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten, Welfen und der Volkspartei abgelehnt und § 1 der Vorlage, welcher die Friedenspräsenzstärke auf 486,983 Mann festsetzt in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 128 St. (davon 21 Zentrum) angenommen. — Darauf wird der Antrag Bamberger auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit 205 gegen 134 St. abgelehnt. Die erste Resolution Windthorst's gegen die Zukunftspläne des Kriegsministers wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die 2. bezüglich der einjährigen Bewilligung nach Auszahlung mit 176 gegen 104 Stimmen angenommen. — Die 3. Resolution betr. Erhöhung der Zahl der Dispositionsurlauber und die 4. betr. Einführung der zweijährigen Dienstzeit wurden gegen die Sozialdemokraten und die Konservativen angenommen. Die zweite Lesung ist beendet.

Fruchtpreise des Winnender Fruchtmarkts vom 25. Juni 1890.

Getreidegattung.	Voriger Rest.	Heutiger Verkauf.	Unverkauft geblieben.	Erlös M. S.
Dinkel.	Säcke 9	Str. 126	Säcke 5	902 25
Haber.	Säcke 16	Str. 149	Säcke —	1324 29

Es gestalten sich die Durchschnittspreise und die Differenz gegen die letzte Schranne wie folgt:

Getreidegattungen.	Höchst.		Mittl.		Niedst.		Geftiegen.		Ge-fallen.	
	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.
Kernen per Ctr.	—	—	11	36	—	—	—	—	46	—
Dinkel "	7	81	7	15	6	95	—	—	15	—
Haber "	8	93	8	89	8	78	—	—	01	—
Gemisch "	—	—	9	17	—	—	—	—	—	08
Einforn per Ctr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gerste	2	35	—	—	—	—	—	—	—	—
Mischling	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Roggen	3	—	2	85	—	—	—	—	—	—
Weizen	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ackerbohnen	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erbsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Linjen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weichkorn	3	—	2	40	—	—	—	—	—	—
Weiden	3	20	—	—	—	—	—	—	—	—
Harttöfeln	1	30	—	—	—	—	—	—	—	—
1 Biter Hirsen	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—
1 Pfund Butter	—	86	—	84	—	—	—	—	—	—
1 Ctr. Stroh	—	1	40	—	—	—	—	—	—	—
1 Ctr. Heu	—	1	80	—	—	—	—	—	—	—

Bemerkungen.

Höchst. Dinkel 8 M. 55 S. Niederst. 6 M. 70 S. Haber 9 M. — S. 7 M. — S.

Brot-Preise:

2 Pfund weiß Brot 30 S., 4 Pfund schwarz Brot 48 S. 1 Wecken 55 Gramm 3 S.

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewart in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

3. Juli: Stark wolkig, veränderlich, mäßig warm, frischer bis starker kühler Wind, Strichregen, steife Winde an den Küsten.
4. Juli: Wolkig, veränderlich, Temperatur wenig verändert, Strichregen mit Gewittern, kühler lebhafter Wind.
5. Juli: Veränderlich, stark wolkig, Strichregen mit Entladungen, dann aufklarend, sonnig, wärmer, meist schwache bis mäßige Winde.